



17.3995

**Postulat Friedl Claudia.
Paradise Papers.
Nationaler Aktionsplan
gegen unlautere und
unrechtmässige Finanzflüsse**

**Postulat Friedl Claudia.
Paradise Papers.
Mettre sur pied un plan d'action
national pour lutter contre les flux
financiers déloyaux et illicites**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19

Friedl Claudia (S, SG): Sie erinnern sich: 2016 erschütterten die Enthüllungen rund um die Panama Papers die Welt. Ein gutes Jahr später warfen die Paradise Papers ein weiteres Schlaglicht auf die unrühmlichen Praktiken der Offshore-Finanzplätze. Diese Vorfälle zeigten deutlich: Es braucht mehr Kontrolle und mehr Transparenz bei den internationalen Finanzflüssen und Geschäftspraktiken der internationalen Konzerne.

Vergessen wir nicht: Bis heute fliesst in Form von unlauteren und unrechtmässigen Finanzflüssen ein Mehrfaches an Kapital aus dem Süden in den reichen Norden, als in Form von öffentlicher Entwicklungshilfe in die Gegenrichtung fliesst. Eine Studie der Uno-Universität UNU-Wider präsentierte jüngst eine Schätzung, die eher tief angesetzt ist. Sie spricht von rund 500 Milliarden Dollar, wenn es um unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse vom Süden in den Norden geht. Die öffentliche Entwicklungshilfe in die Gegenrichtung beträgt rund 150 Milliarden Dollar pro Jahr. Das ist ein Faktor von 3 bis 4.

Wenn wir etwas dazu beitragen können, die unlauteren und unrechtmässigen Finanzflüsse auszutrocknen, so können wir damit einen substanziellen, ja einen gewaltigen Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung leisten. Es ist klar, und da sind sich alle internationalen Organisationen, die sich mit entwicklungspolitischen Fragen auseinandersetzen, einig: Die Entwicklungsziele der Agenda 2030 lassen sich nur erreichen, wenn die Entwicklungsländer ihre Gewinne behalten und ihr Steuersubstrat besser ausschöpfen können. Da müssen wir ansetzen.

Es ist auch nicht so, dass nichts geschieht. Der Bundesrat hat in der Antwort zu diesem Postulat oder auch schon in seinem Bericht über unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse das Problem durchaus erkannt und verschiedene Massnahmen genannt. Nur haben die Massnahmen, die bis jetzt in Angriff genommen wurden, nicht zum erwünschten Rückgang der unlauteren und unrechtmässigen Finanzflüsse geführt. Es braucht also noch weitere Anstrengungen.

Deshalb schlage ich Ihnen einen mehrdimensionalen nationalen Aktionsplan vor, der die zentralen Bereiche wie Steuervermeidung, Steuerflucht, Geldwäsche und Korruption erfasst und Massnahmen aufzeigt und auch die internationale Dimension mit einbezieht. Herr Bundespräsident Ueli Maurer hat heute Morgen darauf hingewiesen, wie wichtig eben in all diesen Fragen die nationale Vorgehensweise ist.

Der Bundesrat bzw. der Herr Bundespräsident wird sagen, es gebe ja schon all diese Instrumente. Wie gesagt, diese sind

AB 2019 N 472 / BO 2019 N 472

hinlänglich bekannt, und es wurden in einem Bericht der Universität Bern, der erst gerade erschienen ist, speziell für die Schweiz einige zusammengestellt, analysiert und bewertet. Dort sieht man, wie man weitergehen könnte, um es wirksamer zu gestalten.

In einem nationalen Aktionsplan können der Einsatz der Instrumente, die Überwachung der Massnahmen, der





Einbezug der Zivilbevölkerung, die Unterstützung der Länder bei der Umsetzung der Massnahmen zusammengeführt und dann auch die Wirkung festgestellt werden. Dann können wiederum die Hebel neu gesetzt und auf das Ziel justiert werden. Damit kann die dringend notwendige, langfristige Politikkohärenz geschaffen werden, die es zur Bekämpfung der unlauteren und unrechtmässigen Finanzflüsse und damit zur Erfüllung der entwicklungs- und nachhaltigkeitspolitischen Ziele braucht.

Ich bitte Sie, dieses Postulat anzunehmen.

Maurer Ueli, Bundespräsident: Die Grundstossrichtung ist ja nicht eigentlich bestritten. Der Bundesrat ist einfach der Meinung, dass er in sämtlichen der angesprochenen Bereiche bereits tätig und international vernetzt ist und dass wir diese Standards einhalten und entsprechend mitarbeiten. Generell muss man sich, denke ich, auch dazwischen wieder einmal überlegen, ob wir noch mehr Berichte fordern, noch mehr Aktivitäten anzetteln sollen. Am Schluss sollten wir das viele, was wir bereits beschlossen haben, auch umsetzen und kontrollieren, damit es entsprechende Wirkung erzeugt. Wir haben viele solche Berichte, die man mit viel Elan erstellt hat, die aber in der Umsetzung nie eine entsprechende Wirkung zeigen.

Ich fasse kurz zusammen, wo wir bereits engagiert sind: Wir haben sämtliche relevanten Antikorruptionskonventionen ratifiziert und umgesetzt. Wir gehören in diesem Bereich international absolut zum Spitzenfeld. Mit den Beps-Mindeststandards, mit den AIA-Standards haben wir auch in diesem Bereich die entsprechende Transparenz geschaffen. Was also angestrebt wird, funktioniert bereits und wird Wirkung zeigen. Wir haben die Standards zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung umgesetzt, auch hier haben wir international ein gutes Zeugnis erhalten. Wir gehören auch in diesem Bereich zu den Ländern, die das umsetzen und dafür gelobt werden. Die Schweiz unterstützt diesbezüglich, in Zusammenarbeit mit der Weltbank, Entwicklungsländer. Weiter sind wir voll in die Reform zur Steuerfluchtvermeidung und zur Verhinderung der Gewinnverkürzung eingebunden. Wir erfüllen unsere Aufgaben, beraten auch die entsprechenden Länder. Es gibt die internationalen Transparenzstandards im Rohstoffsektor; hier ist das Seco mit verschiedenen Aktivitäten entsprechend unterwegs. Wir haben auch wieder einen Bericht im Zusammenhang mit dem Rohstoffsektor erstellt.

Setze ich die Forderungen des Postulates der Beurteilung der bereits getroffenen Massnahmen entgegen, stelle ich fest, dass es eigentlich keine Lücke gibt, die wir im Moment noch zu füllen hätten. Aber für uns ist auch klar, dass wir all das, was wir angezettelt haben, dort, wo wir international und national eingebunden sind, auch entsprechend umsetzen – weil wir die Ziele des Postulates nicht bekämpfen, sondern der Meinung sind, dass wir die Ziele umsetzen und auch Rechenschaft darüber ablegen; das kann kontrolliert werden.

Aus unserer Sicht ist es nicht notwendig, einen neuen Vorstoss anzunehmen.

Friedl Claudia (S, SG): Herr Bundespräsident, ich danke Ihnen für die Aufzählung all dieser Mittel, die wir eigentlich schon einsetzen. Da unterstütze ich Sie ja voll. Aber wäre es nicht eben wirklich an der Zeit, all diese Instrumente zusammenzulegen, einen Aktionsplan daraus zu machen, zu schauen, wo wir welche Wirkung erzielen, in welchem Departement was gemacht wird und wie wir all diese Instrumente besser einsetzen, die Hebel so bewegen können, dass wir das Ziel wirklich erreichen und die Entwicklungsländer des Südens so voranbringen können?

Maurer Ueli, Bundespräsident: Ich glaube nicht, dass eine weitere Koordination notwendig ist. Persönlich beobachte ich, dass wir koordinieren und – salopp formuliert – Aktivitäten am runden Tisch bei Kaffee und Kuchen noch besprechen. In den einzelnen Bundesämtern funktioniert das, und in internationalen Gremien sind wir eingebunden. Wir sprechen uns ab. Wir legen darüber im Jahresbericht Rechenschaft ab. Ich glaube, es wird genügend koordiniert. Es sind nicht Einzelaktionen, sondern wir sprechen uns mit den verschiedenen Departementen sehr wohl ab. In der föderalen Struktur der Bundesverwaltung macht weiter gehende Koordination in der Regel keinen Sinn, sondern provoziert nur Bürokratie.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il Consiglio federale propone di respingere il postulato.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.3995/18524)

Für Annahme des Postulates ... 62 Stimmen

Dagegen ... 131 Stimmen

(0 Enthaltungen)